



Kantonale Wahlen vom 30. März 2014

## «Bitte mehr Grüne!»

**Bernhard Pulver, seit 2006 Regierungsrat für die Grünen, ist überzeugt: Für einen starken Kanton Bern und für bessere politische Diskussionen und Entscheide braucht es eine Stärkung der Grünen und knappere Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat.**



Ich bin nun seit acht Jahren für die Grünen im Regierungsrat des Kantons Bern. Eine intensive Zeit. Diese acht Jahre waren für mich geprägt von einem nachdrücklichen Einsatz für eine gute Bildung. Für eine gute Kulturpolitik. Für solide erarbeitete und gut abgestützte Lösungen – sei es in der Finanzpolitik, bei der Lösung der Pensionskassenprobleme oder bei meinem Einsatz für einen verlässlichen Lohnaufstieg für das Kantonspersonal und die Lehrkräfte.

Die Grünen haben mich in dieser Arbeit immer gut unterstützt. Kritisch, solidarisch, wohlwollend. Sie waren für mich immer eine wichtige Stütze.

In den letzten Jahren wurde die Lösungssuche in unserem Kanton schwieriger. Waren in der ersten Legislatur die Mehrheitsverhältnisse im Grossen Rat noch sehr knapp, so dominiert nun seit vier Jahren eine deutliche bürgerliche Mehrheit. Im Grossen Rat wird weniger ernsthaft um Lösungen gerungen. Die Mehrheiten sind dafür zu deutlich.

Und die Strategie der FDP-BDP-SVP hat sich in den letzten Jahren auf drei Inhalte reduziert: Der ungeliebten rot-grünen Regierung das Leben schwer machen, Steuern senken und sparen. Damit wird der Kanton Bern nicht weiterkommen. Und kaum hatte der Grosse Rat im November

letzten Jahres ein schmerzhaftes Sparpaket unter Dach und Fach gebracht, fordern diese Parteien schon das nächste Sparpaket – ungeachtet schwarzer Zahlen im Finanzplan.

### Nachhaltige Entwicklung als Schlüssel für einen erfolgreichen Kanton Bern

Zum Glück haben wir Grünen eine erfolgversprechendere Strategie für diesen Kanton: Die Ziele der nachhaltigen Entwicklung – Ökologie, wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Ausgleich – miteinander in Verbindung zu bringen und die Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftspolitik mit diesen Zielen zu vernetzen. Dass das möglich ist und in der Realität zu guten Lösungen führt, zeigt zum Beispiel mein Wahlprogramm (s. [www.bernhardpulver.ch](http://www.bernhardpulver.ch)).

Ich habe mich entschieden, für eine weitere Amtsdauer von vier Jahren zu kandidieren. Mein grösster Wunsch für die nächste Legislatur: mehr Grüne im Grossen Rat. Knappere Mehrheitsverhältnisse – in welche Richtung auch immer – garantieren bessere Diskussionen und durchdachtere Entscheide. Die Grünen bringen die für mich wichtigsten Anliegen in den Grossen Rat ein. Deshalb: «Bitte mehr Grüne!»

*Bernhard Pulver, Regierungsrat,  
Erziehungsdirektor*

## Einen Tick voraus



Haben Sie auch den Kopf geschüttelt, als der Grosse Rat mit der einen Hand einen beispiellosen Abbau bei der Bildung und den sozialen Aufgaben beschloss und sich mit der anderen Hand den eigenen Lohn erhöhte?



Dann sollten Sie die Wahlen vom 30. März nicht verpassen. Machen Sie von Ihrem Wahlrecht Gebrauch – und wählen Sie die Grünen. Keine andere Partei hat in den letzten vier Jahren mehr für einen zukunftsfähigen Kanton gemacht als die Grünen.

«Frage nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst!» Vor einem Jahr haben die Grünen mit der überparteilichen Kampagne «Erneuerbare Energie für Bern» gezeigt, welche Begeisterung eine erneuerbare Energieversorgung weckt. Von diesem inneren Feuer und diesem Gestaltungswillen braucht es mehr im Kanton Bern. Das lohnt sich für alle: Mit erneuerbaren Energien können im Kanton Bern zum Beispiel 10000 neue, regional verankerte Arbeitsplätze geschaffen werden.

Mit dem Programm «Fünf Entwicklungssachsen für den Kanton Bern» zeigen die Grünen, dass sie gewillt und fähig sind, diesen Weg entschieden weiterzugehen. Und dass sie Ideen haben, um den Kanton Bern umweltgerechter, solidarischer und wirtschaftlich stärker zu machen. Eben: *Ökologisch. Sozial. Offen.*

*Und einen Tick voraus.* Informationen zu unseren Kandidierenden für den Grossen Rat finden Sie unter [www.waehlen.be](http://www.waehlen.be).

Für den Atomausstieg werden die nächsten Jahre entscheidend sein.

Je stärker die Grünen im Kanton Bern, desto besser unsere Chancen auch auf nationaler Ebene. Deshalb: Wählen Sie die Grünen in den Grossen Rat. Für die Regierungsratswahlen empfehlen wir unseren Grünen Erziehungsdirektor Bernhard Pulver, zusammen mit Barbara Egger-Jenzer, Philippe Perrenoud und Andreas Rickenbacher. Vielen Dank.

*Regula Rytz, Nationalrätin Grüne,  
Co-Präsidentin Grüne Schweiz  
Alec von Graffenried, Nationalrat  
Grüne*

Keine Vergiftung unserer Böden durch Erdgasförderung

# Stopp Fracking

Seit November sammeln die Grünen Unterschriften für die Stopp-Fracking-Initiative – und das mit grossem Echo aus der Bevölkerung. Mit der Initiative wollen die Grünen die negativen Folgen des Frackings, einer umweltschädigenden Methode zur Förderung von Erdgas, und eine Verzögerung der Energiewende verhindern.



«Fracking» ist eine Methode zur Förderung von Erdgas und Erdöl, das im Gegensatz zu konventionellen Vorkommen in tieferen Gesteinsschichten lagert. Beim Fracking werden mit jeder Tiefbohrung ein giftiger Chemikalien-Cocktail, Millionen Liter Süsswasser und Quarzsand in den Boden gepumpt. In den USA, wo Fracking zu einem regelrechten Förderboom geführt hat, zeigen sich heute die verheerenden Aus-

wirkungen: Der beim Fracking verwendete Chemikaliencocktail bedroht die Qualität der Grund- und Oberflächengewässer und damit des Trinkwassers. Ähnlich wie bei den radioaktiven Abfällen besteht heute keine Lösung für die Entsorgung des verwendeten Wasser-Sand-Chemikaliengemischs.

Internationale Erdöl- und Erdgaskonzerne und -Konsortien liefern sich derzeit hinter den Kulissen einen wahren Wettstreit um die Verteilung der Schürfbewilligungen – auch

im Kanton Bern. Die von ihnen beauftragten Lobby-Organisationen bereiten währenddessen den Boden, um die Akzeptanz der umstrittenen und umweltschädigenden Fördermethode zu verbessern. Wenn wir nicht in die Falle der Erdöllobby tappen wollen, dann müssen wir heute unterbinden, dass es im Kanton Bern jemals zur Förderung von Schiefergas kommt.

## Jetzt handeln!

Auch in anderen Kantonen gibt es verbreiteten Widerstand gegen Fracking: Freiburg und Waadt haben im Jahr 2011 entschieden, keine Schürf- und Erschliessungsbewilligungen mehr zu erteilen. Der Genfer Staatsrat hat sich im Juni 2013 für ein Fracking-Verbot ausgesprochen, das nun gesetzlich verankert werden soll. In Neuenburg konnte jüngst ein weit fortgeschrittenes Projekt in letzter Minute gestoppt werden. Damit es im Kanton Bern nicht so weit kommt, ist die Stopp-Fracking-Initiative dringend nötig. Dabei sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen: Unterschreiben Sie die Initiative ([www.stopp-fracking.ch](http://www.stopp-fracking.ch)) und schicken Sie uns den Unterschriftenbogen so rasch als möglich zurück. Damit die Energiewende keine Zusatzschleife macht!

*Christine Häslar, Grossrätin und Fraktionspräsidentin Grüne*



Jetzt Kulturland-Initiative unterschreiben!

# Kulturland wirksam schützen

Die Grünen Kanton Bern, die LOBAG und die BDP Kanton Bern haben im November gemeinsame die Kulturland-Initiative lanciert. Mit einer Verfassungsanpassung soll Kulturland geschützt und damit die Ausdehnung der Siedlungsflächen verlangsamt werden. «Das Richtige am richtigen Ort tun», heisst das Motto.



Der Berner Bevölkerung ist der Schutz der Landschaft wichtig. Die sehr deutliche Annahme des Raumplanungsgesetzes und der Zweitwohnungsinitiative unterstreichen dies. Gleichwohl ist das Problem der Zersiedelung noch nicht gelöst: Tagtäglich wird im Kanton Bern eine Fläche in der Grösse eines Fussballfelds verbaut.

Mit der Kulturland-Initiative stellen die Grünen sicher, dass die wertvolle Ressource Boden effektiv geschützt wird. Die Initiative fordert den besseren Schutz des landwirtschaftlich nutzbaren Kulturlandes. Nur so

kann auch die Biodiversität mit unseren attraktiven Lebensräumen nachhaltig gestärkt werden.

## Eine breite Koalition für ein zentrales Anliegen

Die Zusammenarbeit der Grünen, des Berner Bauernverbands LOBAG und der BDP unterstreicht die Vielfalt an Gründen, die für einen besseren Schutz des Kulturlands sprechen. Das ungewöhnlich breite Bündnis ist insofern ein erster Erfolg für die wichtigen Anliegen der Initiative. Die zentrale Bedrohung für das Kulturland ist die Ausdehnung von Siedlungs- und Verkehrsflächen. Die durchschnittliche Wohnfläche pro Person betrug 1980 in der

Schweiz 34 Quadratmeter, 2000 waren es 44 und heute dürfte der Wert bei 48 Quadratmetern liegen. Mit dem Schutz des Kulturlands wird die Zersiedelung gebremst. Der Kanton Bern soll sich zwar weiterentwickeln, aber am richtigen Ort und im Sinne eines sorgfältigen Umgangs mit dem Boden.

Zudem kann die lokale Herstellung von Lebensmitteln nur mit genügend guten Böden sichergestellt werden. Der Schutz unserer vielfältigen Kulturlandschaft ist auch wichtig für die Naherholung und die touristische Attraktivität des Kantons Bern.

Unterstützen Sie uns beim Schutz unseres wertvollen Kulturlands und unterschreiben Sie die Kulturland-Initiative noch heute. Weitere Informationen und Unterschriftenbogen: [www.kulturland-initiative.be](http://www.kulturland-initiative.be).

*Bruno Aebi, Biolandwirt, Grüne Emmental*

Deshalb braucht es bei den Wahlen 2014 eine Stärkung der Grünen

# Mit den Grünen den Kanton Bern stärken

**Die Grünen wollen den Kanton Bern stärken. Über den «Kanton Bern im Kriechgang» wurde in den letzten Jahren genug gejammert. Jetzt geht es darum, die Zukunft zu gestalten. Zu diesem Zweck haben die Grünen das Programm «Fünf Entwicklungsachsen für den Kanton Bern» erarbeitet. Helfen Sie mit, diese Ziele zu verwirklichen. Wählen Sie am 30. März die Grünen.**



Das Sparpaket Aufgaben- und Strukturüberprüfung hat das Elend der Berner Kantonspolitik offenbart: Abbau bei der Spitex, Kürzung der Prämienverbilligungen für die Krankenkasse zu Lasten von Mittelstand und Familien, Abbau bei der Bildung – und gleichzeitig eine Erhöhung der Grossratsentschädigungen. Kurzfristiger kann Politik kaum sein. Keine andere Partei ist bei diesen Entscheiden verlässlicher für soziale Gerechtigkeit eingetreten als die Grünen.

Die Wahlen vom 30. März sind die Gelegenheit, die Weichen für einen ökologischeren und sozialeren Kanton Bern zu stellen. Die Grünen wollen Verantwortung übernehmen. Mit der Stopp-Fracking-Initiative schützen wir mit Unterstützung von Umweltverbänden unsere Böden und Trinkwasservorkommen vor einer Vergiftung durch die schädliche Erdgasfördermethode (s. S. 4). Mit der Kulturland-Initiative sorgen wir dafür, dass unsere Kulturlandreserven keinem blinden Überbauungsseifer zum Opfer fallen (s. S. 4).

Unser Programm «Fünf Entwicklungsachsen für den Kanton Bern» schafft die Grundlagen für einen lebenswerten, attraktiven Kanton Bern. So sollen in den nächsten 20 Jahren 10000 neue Arbeitsplätze im Bereich der erneuerbaren Energien entstehen. Mit einer Offensive beim sozialen und ökologi-

schen Wohnungsbau ermöglichen wir, dass jene Menschen, die im Kanton Bern arbeiten, auch hier wohnen und Steuern zahlen. Die Steuerung der Spitalpolitik durch politische Gremien statt durch autonome Aktiengesellschaften ermöglicht eine gute Gesundheitsversorgung für alle. Und mit einer Offensive

bei den Gemeindegemeinschaften können die Strukturen verschlankt und die regionale Planung intensiviert werden. Unser Programm finden Sie unter [www.gruenebern.ch](http://www.gruenebern.ch).

Helfen Sie mit, unseren Kanton zu stärken. Helfen Sie mit, unseren Kanton ökologischer, sozialer und nachhaltiger zu machen. Gehen Sie am 30. März an die Urne. Und wählen Sie Grün. Vielen Dank.

*Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat Grüne*



*Blick vom Gurten aufs Aaretal und das Berner Oberland: Die Grünen machen Politik für den ganzen Kanton statt für einzelne Regionen.*

## Agenda

- **31.01.2014: Die Grünen stellen sich vor.** Sie möchten mehr wissen über die Schwerpunkte der Grünen, unsere aktuellen Projekte oder Möglichkeiten, uns zu unterstützen? An einer Informationsveranstaltung mit Apéro stellen sich die Grünen Kanton Bern vor. Die Veranstaltung ist öffentlich – eingeladen sind alle, die uns persönlich kennenlernen möchten. 18.00 – 21.00, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, Bern.
- **03.02.2014: Sofagespräch mit Bernhard Pulver und Hans Ulrich Glarner.** Die grossen Linien sind gezogen mit Kulturstrategie und Kulturförderungsgesetz sowie den grossen Projekten um die Berner Institutionen. Wie

geht es inhaltlich weiter mit der Berner Kulturpolitik? Ein Gespräch mit Regierungsrat Bernhard Pulver und Hans Ulrich Glarner, neuer Leiter des Amtes für Kultur. Anschliessend können Sie die Kunsthalle besichtigen und den Abend bei einem Apéro ausklingen lassen. 18.30, Kunsthalle Bern, Helvetiaplatz 1, Bern.

■ **20.02.2014: Darf ich Sie etwas fragen, Herr Pulver?** Regierungsrat Bernhard Pulver stellt sich den Fragen von Irène Müller-Flück, Laienschauspielerin. Mit Eingangreferat von Bernhard Pulver. 20.00, Zehntenhaus, Moosweg 2, Uetendorf.

■ **25.02.2014: Zukunft der Schulen im Kan-**

**ton Bern.** Diskussionsveranstaltung mit Referat von Erziehungsdirektor Bernhard Pulver. 19.00, Kornhaus, Wangenstrasse 1, Herzogenbuchsee.

■ **26.02.2014: Was bedeutet Kultur, was ist sie uns wert?** Diskussionsrunde mit Bernhard Pulver, Regierungsrat, Thomas Beck, Direktor der Hochschule der Künste Bern, Andrea Glauser, Kultursoziologin, Claude Eichenberger, Sängerin, und weiteren. Moderiert von Katharina Kilchenmann (Radio SRF). Organisiert durch die Arbeitsgruppe Bildung und Kultur der Grünen Kanton Bern. 19.30, Mansarde im Stadttheater, Kornhausplatz 20, Bern. Eintritt frei, Kollekte.

Ja zu «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (FABI)

# Schub für die umweltschonende Mobilität

**Am 9. Februar werden wichtige Weichen gestellt. Der öffentliche Verkehr in der Schweiz ist eine Erfolgsgeschichte. Damit dies so bleibt, soll mit FABI die nächste Etappe der Bahnzukunft gestartet werden.**



Immer öfters sind auch junge Menschen mit Tram, Bus und Bahn unterwegs. Sie schonen damit nicht nur ihr Portemonnaie, sondern auch die Umwelt. Der öffentliche Verkehr verbraucht weniger Siedlungsfläche und Energie und produziert weniger Luftschadstoffe und Treib-

hausgase als der motorisierte Individualverkehr. Kein Wunder, sind die SchweizerInnen heute WeltmeisterInnen im Bahnfahren.

## Mit FABI ins neue Eisenbahnzeitalter

FABI ist der Gegenvorschlag zur VCS-Initiative «für den öffentlichen Verkehr», die im Sommer zurückgezogen wurde. Dank der Initiative will der Bund bis 2025 rund 6,4 Milliarden Franken investieren, um Schienenengpässe zu beheben und den Reisenden mehr Verbindungen, mehr Sitzplätze und auf einzelnen Strecken auch kürzere Reisezeiten anzubieten. Auch dem Güterverkehr sichert FABI die

nötigen Kapazitäten. Und erstmals werden im neuen Bahninfrastrukturfonds die Mittel für den langfristigen Unterhalt des bestehenden Schienennetzes bereitgestellt. Ein Ja zu FABI ist deshalb auch ein Ja zur ökologischen und finanziellen Nachhaltigkeit.

## FABI bringt auch Bern voran

FABI umfasst Projekte in allen Regionen der Schweiz. Auch das Angebot im Kanton Bern wird verbessert. Durch eine Optimierung der Infrastruktur gibt es in Zukunft attraktivere Verbindungen nach Luzern oder in die Romandie. Wichtig sind auch der Viertelstundentakt nach Münsingen und der Startschuss für den Vollausbau des Lötschbergbasistunnels. Trotz dieser Vorzüge ist FABI noch lange nicht am Trockenen. Widerstand gibt es vor allem gegen die Begrenzung des Pendlerabzuges auf 3000 Franken pro Jahr. Über 60 000 Franken ziehen heute einzelne Autofahrer von den Steuern ab. Dank FABI werden die Pendlerkilometer nicht mehr vergoldet. Weil dies nicht allen gefällt, ist umso mehr grüne Überzeugungsarbeit gefragt. Helfen Sie mit und stimmen Sie am 9. Februar Ja!

*Regula Rytz, Nationalrätin Grüne,  
Mitglied Verkehrskommission und  
Vorstand Alpeninitiative*

|    |              |       |                   |                    |      |
|----|--------------|-------|-------------------|--------------------|------|
| 8  | IR           | 15.00 | Worblaufen        | Bolligen           |      |
| 4  | S7           | 15.00 | Wankdorf          | Lyss               |      |
| 3  | S8           | 15.00 | Zürich HB         | Zürich Flughafen → | Win  |
| 5  | IC           | 15.02 | Felsenau Tiefenau | Worblaufen         |      |
| 10 | S9           | 15.02 | Ausserholligen    | Kehrsatz           |      |
| 24 | S3           | 15.02 | Thun              | Spiez              | Inte |
| 2  | ICE          | 15.04 | Oltten            | Liestal            |      |
| 7  | IC           | 15.04 | Fribourg          | Lausanne           | Bur  |
| 12 | IR           | 15.04 | Jegenstorf        | Bätterkinden       | Bib  |
|    | RegioExpress | 15.05 | Ausserholligen    | Köniz              |      |
|    | S6           | 15.06 | Thun              | Spiez              | Vis  |
|    | IC           | 15.07 |                   | Harzenenbuchsee    | Lar  |

## Nein zu «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache»



Die Initiative «Abtreibungsfinanzierung ist Privatsache» ist klar abzulehnen. Mit der Fristenlösung wurden klare Verhältnisse geschaffen, welche durch diese Initiative wieder zunichte gemacht würden. Die Fakten sprechen für sich: Die Schwangerschaftsabbruchrate in der Schweiz ist die tiefste in Europa.

Ein Schwangerschaftsabbruch ist nie ein Klacks. Keine Frau, kein Paar macht einen solchen aus einer Laune heraus. Die Initiative stellt jedoch das Selbstbestimmungsrecht der Frauen – je nach finanziellen Verhältnissen – in Frage. Zudem würde mit der Initiative das Solidaritätsprinzip unserer Krankenkassen verletzt. Eine Frau wird, ausser die heilige Mutter Maria, nie allein schwanger, es braucht immer zwei dazu. Mit der Initiative müssten aber Frauen alleine für den Schwangerschaftsabbruch aufkommen. Und entlasten würde dies die Krankenkassen kaum.

*Aline Trede, Nationalrätin Grüne*

## Nein zur Masseneinwanderungsinitiative



Diese Abschottungsinitiative der SVP verstösst gegen das Personenfreizügigkeitsabkommen. Sie gefährdet wegen der «Guillotineklausel» auch die anderen Bilateralen Verträge – dies wollen und sollen wir nicht riskieren. Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland, über die Hälfte davon in der EU. Die Zuwanderung hat zudem weder die Löhne gedrückt noch die Arbeitslosigkeit gefördert – dank der flankierenden Massnahmen. Wir sollten unseren Nachbarn in Europa nicht die Türe vor der Nase zuschlagen. Lösen wir die Probleme gemeinsam, statt uns zu isolieren. Schliesslich arbeiten dank der Freizügigkeit auch 400 000 SchweizerInnen in der EU, oder können Studierende dort Auslandsemester absolvieren. Die Personenfreizügigkeit bedeutet Freiheit und Zusammenarbeit, dies ist entscheidend für die Integration in Europa. Daran wollen wir festhalten!

*Alec von Graffenried, Nationalrat Grüne*

## Nein zur Konkordats-Verschärfung



Über eine Million Personen besuchen im Kanton Bern jährlich Eishockey- und Fussballspiele, die mehrheitlich friedlich ablaufen. Trotzdem gibt es leider vereinzelte Gewaltvorfälle, die aber rückläufig sind. Die Politik hat mit dem seit 2010 bestehenden Konkordat repressive Massnahmen getroffen, die greifen. So konnten die Polizeikosten in der Stadt Bern zwischen 2009 und 2012 mehr als halbiert werden.

Die nun vorgesehene Verschärfung des Konkordats ist rechtsstaatlich höchst bedenklich. Statt die wenigen Täter zu belangen, würden alle Zuschauenden von Massnahmen getroffen und unter Generalverdacht gestellt. Das Spezialgesetz gefährdet den erfolgreichen «Berner Weg», der neben Repression auch Prävention, Kooperation und den Dialog aller Akteure wie Fanclubs, Fanarbeit, Clubs und Polizei beinhaltet. Deshalb müssen nicht nur alle Sportbegeisterten am 9. Februar Nein stimmen.

*Clemens Friedli, Grüne Burgdorf*